

Der Schock der Realität

Lehrerarbeit: Nach den Modellversuchen zur Lehrerarbeitszeit bleibt erst einmal alles wie es ist. Die GEW fordert weiterhin, Lehrer zu entlasten.

Lila ist 27. Seit Jahren jobbt sie im selben Laden als Verkäuferin, zuverlässig zwei Mal die Woche. Ihr Lehramtsstudium (Geschichte und Deutsch) musste sie sich hart erkämpfen. Trotzdem hat sie solide Prüfungen abgeliefert und dann dem Referendariat mit viel Vorfreude entgegengesehen. Der Realitätschock fiel dann aber derart heftig aus, dass ihre Berufswahl noch einmal grundsätzlich auf den Prüfstand musste. Für sie das größte Übel: Die zeitliche Belastung. Lang tradierte Vorurteile („Lehrer sind faul“, „Lehrer sind unterfordert“, „Lehrer in Deutschland haben viel zu viel Ferien“) haben mit der Wirklichkeit an Lilas Stuttgarter Gymnasium nicht viel zu tun. Und nicht nur dort. Viele internationale Vergleiche belegen seit Jahren, dass Lehrer und Lehrerinnen in Baden-Württemberg am oberen Ende der Arbeitszeitskala rangieren. Die Wochenstunden errechnen sich, anders als in anderen Ländern, vergleichsweise unflexibel am Deputat. Außerdem – ein für alle Beteiligten heikles Thema – bleibt innerhalb der Kollegien oft unklar, wer tatsächlich wie viel und wie gut arbeitet, sowohl im Unterricht als auch außerhalb. „Da ist eine Menge Misstrauen im Spiel“, berichtet die Junglehrerin, „aber auch blanke Unkenntnis der Situation anderer, weil in der Schule keine Zeit für den kollegialen Gedankenaustausch bleibt, für Fragen oder Antworten.“

Von neuen Modellen zu Arbeitszeit und Arbeitszeitbewertung wird mehr Vergleichbarkeit erwartet, mehr Gerechtigkeit, aber auch mehr Transparenz. Immer mit dem Ziel, dass am Ende der Unterricht an den Schulen besser wird. Renommiertere Wissenschaftler halten die Reform der Lehrerarbeitszeit für einen wichtigen Schlüssel zur Lösung vieler bildungspolitischer Probleme. Mehrere Bundesländer haben sich an dem heißen Eisen versucht, darunter Baden-Württemberg. Bisher allerdings sind alle Versuche einer Neubewertung gescheitert. Am Widerstand Betroffener ebenso wie an der Mutlosigkeit der Politik.

Die frühere CDU-Kultus- und heutige Bundesbildungsministerin Annette Schavan hatte sich des Themas angenommen, nicht zuletzt auf Drängen der GEW und ihres Landesvorsitzenden Rainer Dahlem. Der macht sich seit Mitte der 90er Jahre für eine Reform stark, in dem Bewusstsein, dass der status quo unzeitgemäß ist. Nicht mehr die Anzahl der gehaltenen Unterrichtsstunden sollte Basis für die Berechnung der Arbeitszeit sein. 2003 wurde unter dem Vorsitz des früheren Staatssekretärs im Staatsministerium Lorenz Menz eine Expertenkommission eingesetzt. Ab dem Schuljahr 2005/2006 arbeiteten 18 Schulen im Land nach neuen Vorgaben und entwickelten unterschiedliche Konzeptionen, begleitet vom Landesinstitut für Schulent-

wicklung. Fächerübergreifender und Block-Unterricht, mehr Teamarbeit und eine flexiblere Zeiteinteilung sollten Entlastung bewirken.

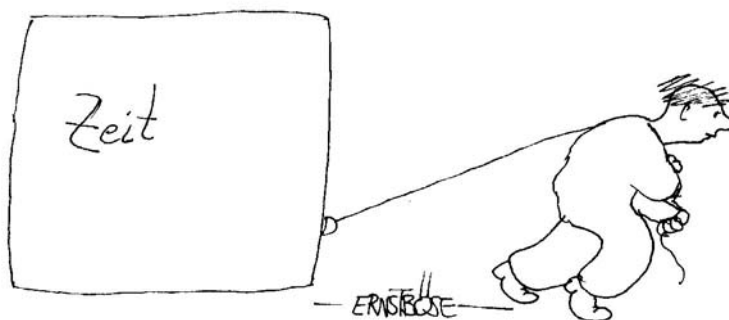
Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, dass sich viele Lehrkräfte überlastet fühlen und ständig am Limit ihrer psychischen und physischen Leistungsfähigkeit agieren. Gerade Referendare erleben den Schulalltag als so anstrengend und frustrierend, dass viele grundlegend an ihrer Berufswahl zu zweifeln beginnen.

Als Stressfaktoren werden häufig genannt die knappen Zeitressourcen für Gespräche in den Kollegien und mit den Schülern, die Orientierung der Arbeitszeit am Deputat, aber auch der Ablauf der Unterrichtsstunden oder auch der Lärm. Bremer Wissenschaftler haben 178 Lehrer/innen zwei Wochen lang rund um die Uhr begleitet, inklusive Langzeit-EKG. Belegt wurden damit unter anderem der geringe Erholungswert von Pausen und die Notwendigkeit, den Tagesablauf für Lehrer anders zu strukturieren.

Viele Pädagogen hofften auf neue Arbeitszeitregelungen, heißt es weiter, allerdings vor allem mit dem Ziel, die Belastungen zu reduzieren. Bildungs- und Finanzpolitiker hingegen gehen grundsätzlich von kostenneutralen Modellen aus. „Dafür kann keine breite Zustimmung der Lehrer und Lehrerinnen erwartet werden“, urteilten Gewerkschaftsexperten nach der Auswertung einer umfangreichen GEW-Fragebogenaktion.

Anfang März sind die Ergebnisse der Modellversuche im Land – in einem Abschlussbericht (www.schule-bw.de/entwicklung/qualieval/modellao) zusammengefasst – vorgelegt worden. Das Bild ist uneinheitlich: Zwar erhöht ein anderer Umgang mit Arbeitszeit die Berufszufriedenheit; einen Beleg dafür, dass Lehrer/innen unterm Strich tatsächlich entlastet und neue Kräfte für die Arbeit im Unterricht frei werden, gibt es aber nicht. Noch nicht, meinen die Experten vom Landesinstitut, weil positive Effekte – etwa im Umgang mit Stundenplänen, in der fächerübergreifenden Arbeit oder

Weitere Infos unter:
www.gew-bw.de/PM_2008_Arbeitszeit.html



durch eine intensivere Kollegenkommunikation – erst nach und nach aufzutreten.

Die GEW vor allem ist verärgert. Rainer Dahlem kritisiert, Kultusminister Helmut Rau habe das Thema schleifen lassen. Tatsächlich ist auch in der Expertenkommission Unmut laut geworden, unter anderem weil es zum Abschluss keine gemeinsame Sitzung mit dem Minister gab. Der will jetzt prüfen lassen, welche

Erkenntnisse aus den Modellversuchen in die Lehreraus- und -fortbildung einfließen könnten. Geplant sind eine Internet-Plattform mit verschiedenen Organisations-Tipps sowie eine Broschüre. „Eine Beerdigung dritter Klasse“ nennt das Dahlem. Und sagt voraus, dass das Thema auf der Tagesordnung bleiben werde, denn die Belastungen seien vielfach zu groß. Und Lila? Sie will – nach quälenden Überlegungen

und etlichen Diskussionen im Familien- und Freundeskreis – nun doch Lehrerin werden. „Mit gemischten Gefühlen“, wie sie selbst sagt und: „Im Moment bin ich auf der Suche nach dem alten Feuer.“ So schwierig habe sie sich die Situation in der Schule nicht vorgestellt. Und zwar „nicht wenn ich vor einer Klasse stehe“, sondern außerhalb des Unterrichts.

Brigitte J. Henkel-Waidhofer

Der Kommentar: Beerdigung dritter Klasse!

Wieder einmal hat das Kultusministerium eine Chance vertan, gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern eine dringend notwendige Reform auf den Weg zu bringen. Dass die Modellversuche zur Neubewertung der Arbeit und zur Arbeitsorganisation von Lehrerinnen und Lehrern schon zu Zeiten von Kultusministerin Schavan ein wenig geliebtes Projekt waren, ist bekannt. Ihr Nachfolger, Kultusminister Rau, hat diese Linie getreulich fortgesetzt. Weder er noch sein Staatssekretär noch der Amtschef des Ministeriums hielten es für nötig, an der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Lehrerarbeitszeit teilzunehmen. Es hätte sich zumindest gehört, dem Vorsitzenden der AG, dem ehemaligen Staatssekretär Lorenz Menz, für seine Arbeit zu danken. Auch die gute Begleitung der Modellversuche durch das Landesinstitut für Schulentwicklung wurde kaum gewürdigt. So wurde die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe zu einer Beerdigung dritter Klasse.

Das Kultusministerium ging offensichtlich von vorneherein mit der festen Absicht an die Sache heran, das Thema sang- und klanglos zu den Akten zu legen. Dabei ist es inzwischen hinlänglich bekannt, dass die Bewertung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern ausschließlich nach der Zahl der zu haltenden Unterrichtsstunden pro Woche schon lange nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Der Grundsatz „Schule ist

mehr als Unterricht“ muss sich auch in der Bewertung von Arbeit und Arbeitszeit niederschlagen.

Hinzu kommt, dass immer mehr neue Lern- und Arbeitsformen in die Schule Einzug halten und Lehrerinnen und Lehrer stärker zusammenarbeiten als früher. Und das ist auch gut so. Das Festhalten an der Deputatsregelung dagegen erschwert diesen Veränderungsprozess; das Lernen im 45-Minuten-Takt wird zementiert.

Die Leid Tragenden sind die Schülerinnen und Schüler, die auch in Zukunft am Vormittag bis zu sechs Unterrichtsstunden à 45 Minuten, sechs verschiedene Fächer und im schlimmsten Fall sechs verschiedene Lehrerinnen oder Lehrer über sich ergehen lassen müssen. Nachhaltiges Lernen jedenfalls sieht anders aus.

Den Kürzeren ziehen aber auch die Lehrerinnen und Lehrer. Die Deputatsregelung ermöglicht es dem Arbeitgeber, die Arbeitszeit beliebig zu manipulieren, die Unterrichtsverpflichtung nach Gutsherrenart zu erhöhen und neue und zusätzliche Aufgaben draufzupacken, ohne an anderer Stelle für Entlastung zu sorgen. Die Folgen dieser Politik sind bekannt – nämlich überlastete Lehrerinnen und Lehrer, die nach wie vor viel zu sehr als Einzelkämpferinnen und -kämpfer und nicht als Team ihre Aufgaben zu bewältigen versuchen. Alle Belastungsstudien belegen, dass eine wesentliche Ursache für die hohe Belastung von Lehrer/innen darin be-

gründet ist, dass Arbeit und Arbeitszeit nicht oder kaum begrenzt sind. Wir alle kennen das Gefühl, mit unserer Arbeit nicht wirklich fertig zu sein. Auch aus diesem Grund hat sich die GEW viele Jahre für eine Neubewertung der Arbeit und neue Formen der Arbeitsorganisation eingesetzt.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Frage, wie Lehrer/innen arbeiten, eine Schlüsselfrage nicht nur für unsere Gesundheit und Arbeitszufriedenheit, sondern auch für die Qualitätsentwicklung an Schulen darstellt.

Jede Arbeitszeitregelung hat das Ziel, Arbeit zu begrenzen. Genau dieses Ziel erfüllt die Deputatsregelung nicht (mehr). Vielleicht hat das Kultusministerium gerade deshalb kein allzu großes Interesse an einer Neubewertung. Das wäre wenigstens verständlich. Warum aber die Lehrerverbände des Beamtenbundes krampfhaft an der Deputatsregelung festhalten, ist nicht wirklich nachvollziehbar. Ob sie damit die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, darf bezweifelt werden.

Die GEW jedenfalls wird das Thema „Arbeit und Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern“ weiter auf die Tagesordnung setzen. Wir werden uns auch in Zukunft nicht damit abfinden, dass unsere Arbeitszeit beliebig ausgeweitet wird.

Rainer Dahlem
GEW-Landesvorsitzender